„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott; Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Die Quelle unserer Kraft

Als eine sehr erfreuliche Meldung für alle Deutschcanadier dürfen wir den im letzten „Courier" erschienenen Bericht über die Auszeichnung der deutschen Siedlung von Edenwold, Sask., sowie der deutsch-mennonitischen Kolonien in Saskatchewan und Manitoba betrachten. Unsere deutschsprechenden Freunde in Edenwold, Laird, Sask., Hannover, Man., und Rheinland, Man., haben durch ihre preisgekrönte Beteiligung am Wettbewerb der Canadischen Nationalbahn wiederum bewiesen, daß wir nicht den geringsten Grund haben, unser Licht unter den Scheffel zu stellen. Das sollte für andere deutsche Siedlungen im canadischen Westen ein Ansporn sein, sich in Zukunft ebenfalls an Preisausschreiben und Wettbewerben zu beteiligen, bei denen es gilt, die unbestritten hervorragenden Leistungen unserer deutschstämmigen Pioniere vor aller Oeffentlichkeit zur Schau zu stellen.

Wir sind in der Regel zu bescheiden, nicht nur bei Anpreisung der von deutscher Seite vollbrachten Pionierarbeit, sondern auch in unseren kulturellen Forderungen. Wir sind zu bescheiden, obwohl wir uns stolz erhobenen Hauptes neben unsere canadischen Mitbürger von anderer nationaler Abstammung stellen können. Unsere Farmsiedlungen im Westen, mögen sie von Deutschen aus Rußland, dem früheren Oesterreich-Ungarn oder aus anderen Ländern Europas gegründet und aufgebaut worden sein, zählen ziemlich allgemein zu den Mustersiedlungen Canadas und sind glänzende Beweise für die kolonisatorischen Fähigkeiten des Deutschtums. Nur engherzige und kurzsichtige Fanatiker, die nicht weiter sehen, als ihre Nasenspitze reicht, können die Großtaten deutschen Fleißes und deutscher Tüchtigkeit leugnen. Jeder jedoch, der vorurteilslos den Spuren der deutschen Auswanderung folgt, muß zugeben, daß in unserem Volke gesunde Kräfte stecken, die jedem Lande, das dem deutschen Schaffensgeist Raum und Boden gewährt, zum Segen gereichen. Die deutschen Siedlungen im Schwarzmeergebiet, an der Wolga oder in Wolhynien, in der Bukowina oder in Galizien, in Siebenbürgen, dem rumänischen oder jugoslawischen Banat wie auch in außereuropäischen Ländern sind durchwegs Mustersiedlungen, die vielfach den umwohnenden Nichtdeutschen zum Vorbild geworden sind. Wo deutsche Bauernkraft das Heim gründet und die Scholle bearbeitet, da sprießen aus dem Boden die Früchte deutschen Fleißes hervor. Warum sollen wir das verheimlichen und verschweigen? Warum sollen andere Ehre und Ruhm ernten für das, was wir gesät haben? Leider müssen wir in der Vergangenheit nur allzu häufig die traurige Erfahrung machen, daß wir zwar gut genug dazu waren, Sümpfe trocken zu legen, Wälder zu roden und den Boden zu kultivieren, daß unsere Deutschen sich krumm und lahm schaffen durften, damit später einmal andere sich ins warme Nest setzen konnten, das unsere deutschen Pioniere gebaut hatten. Oft genug war und ist sogar schnödester Undank der einzige Lohn für deutsche Kulturarbeit. Man denke nur an die Unterdrückung unserer deutschen Brüder in jenen europäischen Ländern, wo das Deutschtum in der Minderheit ist! Darum beizeiten schon hinweg mit falscher Bescheidenheit! Unseren Kindern und Kindeskindern möge es eingeprägt und der breitesten Oeffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht werden, was deutscher Geist und deutscher Fleiß zum Aufbau Canadas seit Jahrzehnten beigetragen haben und immer noch beitragen.

Wenn wir so wertvolle und tüchtige Bürger sind, wie der C.N.R.-Wettbewerb neuerdings durchschlagend bewiesen hat, warum gewährt man uns nicht mehr Recht und Freiheit für die Entfaltung unserer Kulturkräfte? Warum sucht man schablonenhaft uns zu „assimilieren", aufzusaugen und geistig zu vernichten? Denn auf nichts anderes als auf eine Vernichtung unserer geistigen und nationalen Eigenart läuft die systematische Assimilierungspolitik in Schule, Organisationen und breitester Oeffentlichkeit hinaus. Jeder aber aus unseren Reihen, der in törichter Weise dazu noch freiwillig seine Hand reicht, versiegt selbst die Quelle, aus der wir unsere Kraft schöpfen. Was ist das für eine Quelle? Jedes Volk hat im Laufe seiner Geschichte eine soziale, geistige, religiöse und teilweise sogar physische Entwicklung durchgemacht, die sich in seinem Charakter, in seinem Benehmen und in seinen Leistungen ausprägt. Darum gehen letzten Endes alle schöpferischen und aufbauenden Taten des Einzelnen auf die Quelle seiner Volkskultur zurück, die sich allmählich herauskristalliert hat. Mithin ist auch das deutsche Schaffen im fremden Lande im Grunde genommen nichts anderes als ein Ausfluß und Ausdruck deutscher Kultur. Es ist folglich auch keine leere Phrase und kein zweckloses Beginnen, wenn wir für unsere Muttersprache, unsere guten deutschen Sitten, unsere geistigen Güter, kurzum für all das Schöne und Edle eintreten und werben, das wir unter dem Begriff „deutsche Kultur" zusammenfassen. Denn in ihr liegt die Wurzel unserer Kraft. Stirbt diese Wurzel ab, so muß auch die knorrige deutsche Eiche verdorren, die ihre Aeste segenspendend ausgebreitet hat, und in deren Schatten wir als Kulturträger und Pioniere gewirkt haben. Ein Land wie Canada sollte selbst die so leicht begreifliche Tatsache des inneren Zusammenhanges zwischen deutscher Kultur und deutschen Pionierleistungen einsehen und dann im ureigensten Interesse der nationalen Eigenart der Deutschcanadier Verständnis, Duldsamkeit und Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Die begrüßenswerten Erfolge, die unsere deutschsprechenden Freunde in Saskatchewan und Manitoba bei dem C.N.R.-Wettbewerb erzielt haben, müssen in uns allen den festen Willen bestärken, nicht zu erlahmen in unserer Aufbauarbeit auf canadischem Boden und in Zukunft mehr denn je die heiligen Kulturgüter unseres Volkes zu pflegen, damit auch unsere Nachkommen noch aus der Quelle trinken können, die uns gestärkt, gestählt und befähigt hat zu dem stolzen Werke deutschen Kulturschaffens in Canada.

Der König von Rumänien über das Banater Deutschtum

Bei der feierlichen Eidesablegung der Bischöfe Dr. Augustin Pacha von Temesvar und Stephan Fiedler von Sathmar-Großwardein hielt König Carol an beide Kirchenfürsten Ansprachen. Da beide Bischöfe aus dem schwäbischen Volksstamme des Banats hervorgegangen sind und in ihren Diözesen zahlreiche Deutsche zu betreuen haben, sind die Ansprachen des Königs von besonderer Bedeutung. An Bischof Pacha sagte der König unter anderem: „Die Rolle, die Sie in diesem Bistum zu tragen haben, ist hehr und wird Ihnen erleichtert werden durch die schönen Eigenschaften der schwäbischen Bauern. Der Treueid, den der seelische Führer dieser Bevölkerung hier dem König und dem Land leistete, wird mir Sicherheit sein, daß Euer Hochwürden diesen tüchtigen Arbeitern der Felder Liebe und Glauben zum Herrscher und Vaterland einflößen werden, welche Dinge in erster Reihe berufen sind, den Frieden und die Einigkeit unter den Einwohnern verschiedenen Glaubens und verschiedener Zungen zu sichern. Ich umarme mit der gleichen Liebe alle Bewohner dieses Landes und bin davon überzeugt, daß mir von Seele zu Seele mit den gleichen Gefühlen geantwortet wird . . ."

In der Rede des Herrschers an den Bischof Fiedler heißt es, und diese Worte sind deswegen bedeutsam, weil die Vorgänger Fiedlers Madjaren waren und die Madjarisierung der Sathmarer Schwaben aufs engste mit der Einstellung ihrer Geistlichkeit zusammenhängt: „. . . Träger des Kreuzes, Träger des christlichen Glaubens, sind Sie im besonderen auch noch Träger des evangelischen Wortes, das da sagt: „Das befehle ich euch, liebet einander!" Sie haben eine Organisations- und Wegweiserarbeit vor sich . . . und Sie können versichert sein, daß ich Ihre Aktivität im Norden des Landes mit derselben Liebe verfolgen werde, mit welcher ich jede Mission zur Verbreitung des Worts des Gerechten, der Liebe zur Art und zum Vaterlande verfolge . . ."

Bischof Stephan Fiedler hat an die Geistlichkeit und an die Gläubigen seiner Diözese am 7. Dezember seinen ersten Hirtenbrief erlassen, der zum erstenmal in dieser Diözese auch in deutscher Sprache veröffentlicht wurde.

Weltumschau

Wilder Streik im Ruhrgebiet. Zu zwanzig Zechen des Ruhrgebietes ist die Arbeit niedergelegt worden. Der Streik wurde von den Gewerkschaften nicht authorisiert und ist angeblich von Arbeitslosen und Kommunisten angezettelt worden. Es besteht seit Tagen große Erbitterung unter der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes, da 300,000 Mann zum 15. Januar die Kündigung erhalten haben. Nach diesem Datum werden nur Leute wieder eingestellt werden, die einer Lohnreduzierung zustimmen.

In Neukirchen versuchten Streikende die Einfahrt von Arbeitswilligen mit Gewalt zu verhindern und die Polizei mußte Verstärkungen aus anderen Ortschaften heranziehen. Die Beamten griffen mit dem Gummiknüppel ein und konnten schließlich die Ordnung wieder herstellen.

Obgleich sich den Schätzungen nach nur 11 Prozent der Ruhrbergleute dem wilden Streik angeschlossen haben, herrscht allgemeine Spannung und bei vielen Zechen kam es zu Gewalttätigkeiten. In Neukirchen wurden Arbeitswillige mit Steinen beworfen und der mitgebrachten Kannen mit Essen beraubt. In Buer, Gladbeck, Hamm und Recklinghausen nahmen viele Frauen an den Demonstrationen vor den Grubeneinfahrten teil.

Produktive Erwerbslosenfürsorge? Reichsfinanzminister Hermann Dietrich machte in Stuttgart in einer Rede auf dem Parteitag der demokratischen Partei Württembergs den aufsehenerregenden Vorschlag, Deutschlands riesige Erwerbslosenunterstützungen durch Einzahlung in die Lohnkassen der Industrie produktiv zu gestalten, anstatt sie den Arbeitslosen auszuzahlen. Dietrich verurteilte die ungeheure Verschwendung, die dadurch begangen werde, „jährlich an Millionen von Arbeitslosen 3 Milliarden Mark zu zahlen, für die keinerlei Gegenleistung empfangen werde. Ein System, das nicht imstande ist, die gegenwärtige ungeheuerliche Arbeitslosigkeit abzuschaffen, ist dem Untergang geweiht. Trotz aller theoretischen Bedenken müssen wir einen neuen Ausweg finden."

Dietrichs Vorschlag in dieser Richtung ist, die riesenhaften Erwerbslosenunterstützungen nicht den 4 Millionen Erwerbslosen, sondern der Industrie zu zahlen, in der das Geld wenigstens einen Teil der Löhne von einzustellender Arbeiter decken würde, die sonst von der Industrie nicht angestellt werden könnten." Die natürliche Auswirkung wäre nach Dietrichs Ansicht nicht nur, sein, daß Erwerbslose Arbeit erhalten, was die meisten von ihnen einer Unterstützung vorzögen, sondern es würde gleichzeitig durch Senkung der Gestehungspreise die Bewegung nach niedrigeren Preisen und höherer Ausfuhr in Schwung gebracht werden.

Der Reichsfinanzminister sieht keine Subvention in seinem Plan, sondern in erster Linie eine Erhöhung der Produktion, Senkung der Preise, Steigerung von Umsatz und Milderung der Arbeitslosigkeit.

„Ich weiß natürlich," sagte Dietrich, „daß der Vorschlag einen Sturm der Diskussion heraufbeschwören wird. Wenn aber 4,000,000 Menschen in Gefahr sind, zur Verzweiflung getrieben zu werden, bedeuten Einwände nichts und positive Maßnahmen alles."

Die größte Gefahr sieht Dietrich bei der gegenwärtigen Lage darin, daß unabhängige Geschäftsunternehmungen erdrosselt werden, auf deren Erfindungsgeist und deren Unternehmungslust das ganze kapitalistische System begründet sei.

„Wir brauchen diese Methoden nicht für immer einzuführen, wir könnten es für drei oder vier Monate versuchen," sagte Dietrich. „Die Politik der Regierung sollte auf lange Sicht formiert werden und die Erfahrung der Vergangenheit ausnutzen. In Zeiten von Prosperität sollten die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden Gelder sammeln, sollten mit öffentlichen Bauten zurückhalten, bis das Geld in Zeiten wie den heutigen benutzt werden könnte, um die Bewegung zu Prosperität wieder in Gang zu bringen."

„Wirtschaftssysteme früherer Zeiten sind untergegangen, weil sie den Aufgaben, die ihnen vorlagen, nicht gewachsen waren," sagte der Minister. Er berührte das Problem der Reparationen, die vielfach für alle Leiden Deutschlands verantwortlich gemacht würden, und sagte, daß „auch diese Last uns nicht abhalten darf, positive Schritte zu tun. Die Reparationen saugen nicht nur das Wirtschaftsblut der Nation auf, sondern sind auch mitverantwortlich für die große Arbeitslosigkeit. Sie stören das wirtschaftliche Gleichgewicht der ganzen Welt und treffen die Gläubigernationen so gut wie Deutschland. Wann und ob Deutschland das Reparationsproblem zur Wiedererwägung vorbringen wird, ist noch nicht entschieden. Auf keinen Fall denken wir an den Bruch irgend eines Vertrages."

Die deutschen Industriellen haben sich durch den Reichsverband der deutschen Industrie bereits gegen den Plan des Reichsfinanzministers ausgesprochen. Der Verband verwahrt sich gegen Subsidien allgemein und erklärt, daß die Entwicklung des „noch sehr nebelhaften Planes" dazu angetan sei, „das Vertrauen in Deutschlands Finanzpolitik zu erschüttern."

Eine „Goldkonferenz" in Paris. Eine in Paris stattgefundene Zusammenkunft von Vertretern der Bank von Frankreich und der Bank von England hat beträchtliches Interesse erweckt, obgleich offiziell erklärt wird, daß es sich lediglich um einen Gedankenaustausch handle. Als die Sitzungen begannen, hieß es, daß Mittel und Wege beraten werden sollen, um einen weiteren Zufluß von Gold aus England nach Frankreich zu verhüten.

Die Zeitungen messen der Zusammenkunft große Bedeutung bei und schreiben unter Ueberschriften wie „Die Goldkonferenz" und „Das Goldproblem". Das französische Finanzministerium und die britische Botschaft gaben jedoch Erklärungen ab, in denen gesagt wurde, daß „die Zusammenkünfte lediglich zum Gedankenaustausch über gewisse, beide Länder interessierende Finanzfragen stattfinden."

Inzwischen hat die Bank von Frankreich ihren Diskontsatz von 2½ auf 2 Prozent erniedrigt. Pfund Sterling waren an der Börse außergewöhnlich fest und Makler führen ein Anziehen um 6 Centimes darauf zurück, daß die Bankiers praktische Erfolge von der Konferenz erwarten. Die Finanzzeitschrift „Information" schreibt: „Da Gold die Grundlage für Kredite zwischen allen Ländern darstellt, dominiert das Problem auch in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen England und Frankreich."

Ehrung des toten Marschall Joffre. Frankreich zollte am 6. Januar Marschall Joffre einen letzten Tribut, während seine Leiche noch in der Kapelle der Militärakademie auf einem von Blumen umrahmten Katafalk ruhte. Am Abend wurde der einfache Eichensarg, der nie wieder geöffnet werden soll, mit der Leiche des Marschalls nach der Notre Dame-Kathedrale überführt. Am 7. Januar begab sich nach einer Trauerfeier in der Kathedrale ein imposanter Trauerzug nach dem Invalidendom. Der Sarg wird dort mehrere Monate in einer Gruft niedergelegt werden, ehe die Beerdigung, entsprechend den Wünschen des Verstorbenen, im Familiengrab auf dem Friedhof in Louveciennes erfolgt. Auf dem Sarg stehen die einfachen Worte: „Joseph Joffre, Marschall von Frankreich, 1852—1931."

Tausende standen vor der Militärakademie und warteten darauf, einen letzten Blick auf den Marschall zu werfen, als die Türen geschlossen wurden und der Tote seinen Ruheplatz in dem Sarg fand. Wie alles an dem Begräbnis des Marschalls, zeichnete sich auch der Trauerzug, der die Leiche nach der Kathedrale brachte, durch größte Einfachheit aus. Zwanzig Berittene mit Fackeln bewegten sich vor dem einfachen schwarzen Trauerwagen, der die Leiche des Marschalls trug. Den Schluß bildeten eine einzige Militärkapelle und wieder acht Berittene.

Vor dem Triumphbogen und auf den Champs Elysees warteten über 200,000 Menschen auf den Trauerzug. Unter dem Triumphbogen machte er auf eine Minute Halt, während die Menge in stillem Schweigen verharrte. Unter dem in Lichtern erstrahlenden Triumphbogen dröhnte dann der Salut der Kanonen. Vor dem Grabe des „Unbekannten Soldaten" hielt der Trauerzug abermals an. Um zehn Uhr am Abend erreichte der Leichenzug den Rathausplatz und bald darauf war der Zug im Innern der Kathedrale verschwunden. In der Kirche wurde die Leiche von Bischof Crepin in Gegenwart von Regierungsangehörigen in Empfang genommen. Sie wurde dann in derselben kleinen Kapelle untergebracht, in der einst auch die Leiche Marschall Fochs lag.

Arbeitslosigkeit und Revolution. Die Arbeitslosenversicherung in England, die von Wirtschaftlern und politischen Gegnern des Arbeiterkabinetts ernstlich kritisiert wird, wurde von David Lloyd George, dem Führer der liberalen Partei, aufs Wärmste verteidigt. „Wenn wir keine Arbeitslosenunterstützung hätten, wäre die Revolution schon lange ausgebrochen," sagte er während einer Rede in Barmouth. Die Unterstützung ist die beste Versicherung gegen ein solches Ereignis. Das System ist human. Wir haben kein Recht, einen Mann schuldlos verhungern zu lassen, solange die Nation eine Brotkruste im Küchenschrank hat."

Er führte aus, daß Großbritannien in der schlimmsten Periode geschäftlichen Niedergangs seit den napoleonischen Kriegen jährlich $500,000,000 an Arbeitslosenunterstützung auszahle, daß aber diese Ausgabe eine gute Kapitalsanlage genannt werden müsse. Auch andere Verteidiger des Systems nannten es ein Bollwerk gegen eine eventuelle Rebellion der zwei Millionen Arbeitslosen. Sie behaupten, daß ein hungriger Mann leicht zu Verbrechen geneigt sei. Ihrer Ansicht nach spielt die Erziehung oder die Bildung eines Mannes keine Rolle dabei. Sie behaupten, daß die Arbeitslosenunterstützung trotz ihrer Geringfügigkeit den Empfänger doch einigermaßen vor dem Hunger schütze.

Die Gegner der Unterstützung behaupten jedoch daß die konservative Natur der Briten eine Revolution nicht zulassen würde. Zum Beweis dafür weisen sie auf die Redner im Hyde Park hin, die den Kapitalismus und das Aristokratentum in den stärksten Ausdrücken verurteilen. Die zuhörenden Arbeitslosen sind jedoch trotzdem nicht geneigt, nach Hause zu eilen und sich zu bewaffnen, sondern begeben sich lieber in die nächste Wirtschaft, um dort einen guten Tropfen zu trinken.

Englische Prinzessin gestorben. Prinzessin Louise, die Schwester König Georgs von England, ist im Alter von 63 Jahren einem Herzleiden erlegen. Die Prinzessin war etwa 18 Monate jünger als ihr Bruder und galt als das zurückgezogenste Mitglied des britischen Königshauses. Mit 22 Jahren heiratete sie den Earl of Macduff, der zum Herzog von Fife erhoben wurde. Ihre Heirat mit einem Mann nichtköniglichen Geblüts soll den entschiedenen Unwillen der Königin Victoria hervorgerufen haben. Die Ehe war jedoch dennoch ein Erfolg, und der Herzog von Fife wurde schnell eine der beliebtesten Persönlichkeiten am britischen Hofe. Der Ehe sind zwei Kinder entsprossen, Alexandra Victoria, die heute 39 Jahre und die Gattin des Prinzen Arthur von Connaught ist, und Prinzessin Maud Alexandra, jetzt 37 Jahre alt und Gattin von Lord Carnegie. Beide weilten am Tage der Trauung als der Tod eintrat.

Im Jahre 1911 reiste die Prinzessin mit ihrem Gatten auf dem Dampfer „Delhi" nach Aegypten. In einem tückischen Orkan lief das Schiff auf die Klippen bei Kap Spartel, 10 Meilen von Tanger. Beide entkamen mit knapper Not dem Tode und mußten auch noch nach der Rettung stundenlang an der felsigen Küste ausharren, ehe Hilfe kam. Sie erreichten schließlich Aegypten, wo der Herzog, der seit dem Schiffbruch leidend war, im Jahre 1912 in Assuan verstarb. Seit dem Tode des Gatten lebte die Prinzessin noch zurückgezogener als zuvor. Sie trat so wenig in das Licht der Oeffentlichkeit, daß wenig von ihrer Erkrankung bekannt wurde.

Sowjets wollen Ausland überflügeln. „In der Sowjet-Republik besteht keine Krisis, und wird auch nie eine bestehen," erklärte Waichlau V. Kuibischew, der Präsident des Obersten Wirtschaftsrates, vor dem Zentral Vollzugsausschuß der Sowjet Union. Die Sowjet-Republik, sagte er, hole in Industrie und Technik die führenden kapitalistischen Länder nicht nur ein, sondern überflügle sie. Allerdings gab er zu, daß die Union eine riesige Aufgabe vor sich habe, um das diesjährige Programm des Fünfjahrplanes, dessen Abwicklung ihm obliegt, durchzuführen. Seine Verwirklichung macht Kuibischew von einer 12-prozentigen Ermäßigung der Produktionskosten in der Industrie abhängig.

„Unser Problem im Jahre 1931", bemerkte er, „liegt in der Beschaffung von 83,500,000 Tonnen Kohle, worauf unsere metallurgischen Industrien bauen. Der Ausbau der sibirischen Bergwerke, die 86 Prozent der Kohlen der gesamten Sowjet Union liefern und die Errichtung eines riesigen metallurgischen Zentrums im Ural verschlingen 1,500,000,000 Rubel. Die Summe entspricht den Gesamtanlagen sämtlicher Industrien in der Sowjet-Union im ersten Jahre des Fünfjahr-Planes. Unser metallurgisches Programm sieht in diesem Jahr die Beschaffung von 8,000,000 Tonnen Roheisen, 8,000,000 Tonnen Stahl und 6,000,000 Tonnen Stabeisen vor. Wir haben bereits die englische Roheisen-Produktion vom Jahre 1929 und die französische Stahlproduktion vom Jahre 1928 übertroffen. Etliche 500 neue Industrie-Unternehmen treten im Jahre 1931 in Tätigkeit. Eines der wichtigsten Probleme, ohne dessen Lösung die Durchführung des Industrie-Programms unmöglich ist, besteht in strenger Sparsamkeit im Gebrauch von Hartmaterial und Metallen, sowie der Herabsetzung der Produktionskosten um wenigstens 12 Prozent. Jede einprozentige Kostenersparnis bedeutet eine Ersparnis von 180,000,000 Rubel." (Der Rubel hat einen Normalwert von ungefähr 50 Cents.)

Zwangsarbeit in Rußland. Wacheslaw Molotow, der neuerkorene Premier Sowjet-Rußlands, erschien zum ersten Male vor der Oeffentlichkeit bei der Eröffnung der Tagung des Zentralexekutiv-Komitees der Union sozialistischer Sowjet-Republiken. Er hielt eine längere Rede über innere Angelegenheiten und Rußlands Kampagne im Auslande und verwies in dieser Zusammenhang auf die von anderen Ländern erhobenen Beschuldigungen, daß in Rußland Zwangsarbeit gebräuchlich sei. Ironisch bemerkte er: „Ja, wir zwingen unsere Arbeiter zu übermenschlicher Arbeitsleistung den Tag. Unsere Auffassung ist, daß unsere Zwangsarbeit sich von jener in kapitalistischen Ländern unterscheidet."

Die Tagung der Exekutive wurde im Kreml eröffnet unter Beisitz von Michael Kalinin und im Beisein von Joseph Stalin, J. Rudzutak, M. E. Woroschilow, M. Frunkidze, Anatol Lunacharsky und anderen hohen Sowjetführern als Mitgliedern des Vorstandes und des ständigen Komitees, welches die laufenden Geschäfte erledigt. In der geräumigen Andreas-Halle waren die Sitze für die große Masse der aus allen Teilen der Sowjet-Union erschienenen Delegaten — Mongolen, Armenier, Juden, Burmesen und Vertreter von ungefähr 50 anderen Nationalitäten der Bevölkerung des weiten Landes.

Das Zentralexekutiv-Komitee der Sowjet-Union wird von dem Kongreß der Union, der obersten Bundesbehörde, erwählt und ist in Zwischenzeiten der Kongresse die souverän gesetzgebende, administrative und gerichtliche Behörde. Die Tagung der Exekutive findet dreimal jährlich statt. Die andere bestehende Hauptkörperschaft ist der Ministerrat der Volkskommissare.

Umsturz in Panama. Ein schneller kräftiger Putsch in Panama bereitete der Regierung des Präsidenten Florencio Harmodio Arosemena ein Ende. Präsident Arosemena dankte ab und überließ Dr. Harmodio Arias, einem der Führer der erfolgreichen Revolte, die Bildung einer neuen Regierung. Ein Parlament wurde bei dem kurzen, aber scharfen Gefecht, das sich vor dem Präsidentenpalast abspielte, gestürmt. Der amerikanische Zeitungs-Korrespondent Herbert L. Ayers wurde schwer verwundet. Von den anderen zehn waren 8 Polizeibeamte und zwei Zivilpersonen. Wenigstens Personen wurden verwundet.

Die Revolte kam ganz plötzlich und währte nur kurze Zeit. Der Putsch ging von der Gruppe „Alcaldes Communal" aus, einer patriotischen Vereinigung. Vor kurzer Zeit die Regierung unter den Präsidenten Chiari und Arosemena bekämpft und ihr Kurzgetum zum Verwurf gemacht hatte.

Ohne jegliche Warnung hatte eine etwa 100 Mann zählende Gruppe das Polizeihauptquartier gestürmt. Die Polizei bildete die treuende Armee der Republik. Nach einigen Schüssen fiel das Hauptquartier in der Hände der Rebellen. Gleichzeitig hatte eine andere Gruppe den Regierungspalast gestürmt, wo sich ihnen nur schwacher Widerstand entgegengestellt hatte.

Präsident Arosemena und mehrere seiner Beamten, darunter Polizeichef Ricardo Arango und Gouverneur Archibaldo Bond wurden festgehalten, worauf eine mehrstündige Schießerei mit ihm und den revolutionären Führern stattfand. Schließlich empfing Präsident Arosemena Dr. Harmodio Arias zum Premier von Panama, dankte dann ab und überließ Arias die Bildung eines neuen Kabinettes. Von der Zivilbevölkerung schlossen sich viele den Revolutionären an, die unter Führung des General Manuel Quintero die Stadt abschnitten. Die Läden blieben geschlossen und der Omnibusverkehr eingestellt.

Kriegsfilm auch in Wien verboten

Gewaltiger österreichischer Proteststurm gegen Film, der deutsche Kriegshelden verächtlich macht.

Wien. — Mitglieder der österreichischen Heimwehr und sogar verschiedene Soldaten des österreichischen Heeres schlossen sich im Laufe des Abends des 7. Jan. den Menschenmassen an, welche in wilden Protesten gegen die Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues" durch die Straßen der Stadt tobten.

Seit mehr als einer Woche demonstrierten die Nationalsozialisten und ihre Anhänger gegen die Aufführung des Wandelbildes, während es im Apollo-Theater lief. Nachdem diesem Kino der Rote Hahn aufs Dach gesetzt worden war, wurde der Film nach dem Schwedenkino transferiert. Da sich dieses Theater im jüdischen Distrikt befindet und die Demonstranten in ihren Protesten gegen die Aufführung auch die Juden angriffen, hielt es die Polizei an der Zeit, weitere Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen.

Alle jüdischen Kaufleute in der Nachbarschaft des Theaters schlossen bereits am Spätnachmittag ihre Türen und ließen die eisernen Rolläden nieder. Alle über die Donau nach dem Distrikt führenden Brücken wurden scharf bewacht. Ein Ansturm auf die Urania-Brücke wurde von berittener Polizei abgewiesen.

In der Zwischenzeit hatte sich im Prater ein Volkshaufe angesammelt und sich in Marsch nach dem Schwedenkino gesetzt, war aber bald von der Polizei auseinander getrieben worden. Eine Anzahl der Demonstranten stürmte gegen ein jüdisches Cafe in der Rothenturm Straße an und warf dort die Fenster ein. In einem anderen Stadtteil sammelte sich ein Menschenhauf um das Franzensbrücken-Restaurant an und warf auch hier die Fenster ein. Auch das Cafe Cirstall und das Lokal des „Neuen Wiener Journals" wurden von den Turmulanten gestürmt, die Fenster wurden eingeworfen, die Möbel kurz und klein geschlagen und auf die Straße geworfen.

Da den Massen der Uebergang über die Brücken in das Judenviertel durch die Polizei verwehrt wurde, marschierten sie auf ihrer Seite der Donau, verstärkt durch Heimwehrleute in Uniform und durch Soldaten des Heeres, wilde Szenen. Ein förmlicher Kampf zwischen den Demonstranten und der Polizei entwickelte sich, bei dem die Sicherheitswachtler von ihren Gummiknüppeln ausgiebigen Gebrauch machten und sich temperär außer Gefecht setzten.

Die Wiener Polizei verbot am 8. Jan. die zweite und dritte Vorführung des Kriegsfilms „Im Westen nichts Neues", nachdem er einmal gezeigt worden war. Das Polizeiverbot erfolgte, nachdem sich in den Straßen gewaltige Volksmengen zu einer feindlichen Kundgebung gegen den Film angesammelt hatten.

Immer mehr Streiks in England

London. — 5000 Kattunweber streiken in der Gegend von Burnley, und der Kattunweber-Gewerkschaftsverband aller Nordenglands Englands beschloß, den Streik zu unterstützen. Der Streik dürfte sich also auf eine Wehermannschaft von über 25,000 Personen ausdehnen zu wollen.

In der englischen Schuhindustrie, welche mehr als 120,000 Arbeiter beschäftigt, ist ein Streik um Löhne und Arbeitsstunden entstanden. Die Arbeiter wollen ihren kärglichen Wochenlohn von $14 bis $15 erhöht sehen, die Fabrikanten dagegen wollen ihn auf $13 herunterdrücken.

Die Gesamtheiter greifen den Premier MacDonald an, weil er ihnen versprochen hatte, daß sie die Industriebehörde und damit das Bundesgesetz nicht anerkennen müssen. Sie sagen in ihrer Beschwerde, MacDonald habe das nur gesagt, weil ein Kohlenweber ihn zu seinem Vertreter im Unterhaus erwählt habe; der Premier habe damit dem Handelsminister in den Arm, der sich bemühte, den Walliser Kohlenstreik beizulegen. MacDonald erwiderte, er habe die Eingabe nicht erschwegen, sondern fördern wollen.

150 Opfer eines Taifuns

Manilla. — Ein Taifun, der in den mittleren philippinischen Inseln wütete, hat, wie aus neuen Berichten hervorgeht, auf den Inseln Cebu und Leyte mindestens 150 Menschenleben gefordert und einen Sachschaden von $1,250,000 angerichtet.

Das Rote Kreuz sandte sofort eine Hilfsaktion nach der Insel Cebu. 27 Personen ertranken beim Scheitern des Dampfers „Lossano", und 40 weitere Personen kamen beim Untergehen von ungefähr 50 Fischerbooten ums Leben. Die Zucker-, Hanf-, Bananen- und Reis-Ernten sind stark mitgenommen.